

Löhne rauf, Steuern runter!

Mehr Geld mit Lohnerhöhung und Steuersenkung

■ **TTIP-Konferenz:**

Abkommen muss gestoppt werden!



■ **Mitbestimmung stärken:**

Erste IndustriAll-Weltfrauenkonferenz in Wien

Wir Metaller für unseren
Kollektivvertrag!

PRO-GE GPA

www.proge.at

Inhalt:

MEHR BRUTTO, MEHR NETTO

Die Herbstlohnrunde 2015 ist gestartet, die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp kämpfen wieder für Lohnerhöhungen für die Beschäftigten in Metallindustrie und -gewerbe. Und schon von Beginn an zeichnen sich schwierige Verhandlungen ab. Bereits erfolgreich bewältigt haben BetriebsrätInnen, Gewerkschaften, Arbeiterkammern und mehr als 882.000 UnterstützerInnen den Einsatz für eine Steuerreform. Die Lohnsteuersenkung sorgt ab 1. Jänner dafür, dass von den erkämpften Lohnerhöhungen auch mehr Netto vom Brutto im Geldbörstel landet.

Seiten 4–6

ERSTE INDUSTRIALL-WELTFRAUENKONFERENZ

Die Ausrichtung seiner ersten Weltfrauenkonferenz vertraute IndustriALL Global Union, der weltweite Dachverband der Metall-, Chemie-, Energie- und Textilgewerkschaften, der PRO-GE an. Mehr als 300 Gewerkschafterinnen aus 60 Ländern kamen nach Wien.

Seiten 7–11

FREIFAHRT FÜR LEHRLINGE!

300 Kilometer Anfahrt in die Berufsschule? Unangenehm genug, da sollten Lehrlinge nicht auch noch auf den Fahrtkosten sitzen bleiben. Das findet die PRO-GE Jugend und startet deshalb ihre neue Kampagne „We are looking for a Freifahrt“.

Seite 18

11. OKTOBER EQUAL PAY DAY

Der Equal Pay Day macht auch dieses Jahr keinen großen Fortschritt – gerade einmal einen Tag vom 10. auf den 11. Oktober. In diesem Tempo würden noch knapp 80 Jahre bis zur Einkommensgleichheit von Frauen und Männern vergehen. Viel zu langsam, meinen (nicht nur) die PRO-GE Frauen.

Seite 13

TTIP STOPPEN – „ANDERS HANDELN“

Mehr als 250 TeilnehmerInnen kamen zur internationalen TTIP-Alternativenkonferenz „Anders handeln“ in die ÖGB-Zentrale. Das Fazit der Konferenz: Nicht eine Reform des Freihandelsabkommens ist nötig, sondern eine grundlegend andere Handels- und Investitionspolitik.

Seiten 14–15

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chefin vom Dienst: Barbara Trautendorfer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Dietmar Meister, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Robert Wittek. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Walter Schauer, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Simone Riepl, ETUC, Fotolia, Dietmar Meister, Gender Index 2014, Robert Wittek, Nikolaus Menger, Schröder/Südwind. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 20. November 2015.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Empfehlung des Monats

Arbeitseinkommen weiter entlasten!

Die EU-Kommission empfiehlt Österreich in ihrem vor Kurzem veröffentlichten Steuerbericht trotz der jüngsten Steuerreform weitere Schritte zur steuerlichen Entlastung der Arbeitseinkommen. Die Steuerbelastung sollte wachstumsfreundlicher vor allem auf die Bereiche wiederkehrender Immobilienabgaben, Ökologie, Erbschaften, Vermögen und Schenkungen verlagert werden. Wer in Österreich bisher so argumentierte, erhielt üblicherweise einen postwendenden Ruffel von Industriellenvereinigung und/oder Wirtschaftskammer, derartige Forderungen wären ein „Anschlag auf Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze“. Nun gilt die EU-Kommission nicht gerade als Hort wirtschaftsfeindlicher KlassenkämpferInnen. Womit sich die Frage stellt: Geht es den FunktionärInnen von IV und WKO bei ihrer vehementen Ablehnung vermögensbezogener Steuern tatsächlich um den Wirtschaftsstandort oder um ganz andere Interessen?

KURZ NOTIERT

Neue EGB-Führung



Beim Europäischen Gewerkschaftskongress in Paris Anfang Oktober hat die europäische Gewerkschaftsbewegung ihr Führungsteam für die kommenden fünf Jahre gewählt. Der Belgier Rudy De Leeuw (Bild) ist neuer Präsident, Luca Visentini aus Italien wurde zum Generalsekretär gewählt. ÖGB-Präsident Erich Foglar und Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Europabüros, wurden in den EGB-Vorstand gewählt, in dem alle Mitgliedsorganisationen des EGB vertreten sind.

2,3 Millionen Bewerbungen für 368 Stellen

In Nordindien bewarben sich für 368 Stellen als Laufbursche ganze 2,3 Millionen Menschen. Darunter seien auch über 200.000 Ingenieure und 255 mit Dokortitel, berichtete die indische Zeitung „The Hindu“. Dabei seien die Voraussetzungen nur: Abschluss der 5. Klasse und die Fähigkeit, Fahrrad zu fahren. Laufburschen in indischen Verwaltungen kochen Tee und tragen Aktenordner von einem Schreibtisch zum nächsten. Laut „The Hindu“ zeige die Zahl der Bewerber, wie hoch die Arbeitslosigkeit in der Region sei.

Studie: Ungleichheit kostet Billionen

Frauen könnten der weltweiten Wirtschaft zu einem immensen Aufschwung verhelfen. Würden ebenso viele Frauen wie Männer arbeiten, könnte die Weltwirtschaft um bis zu 25 Billionen Euro wachsen, heißt es in einer neuen Studie vom McKinsey Global Institute. „Ungleichheit unter den Geschlechtern ist nicht nur ein großes moralisches und soziales Problem, sondern auch eine Herausforderung für die Wirtschaft“, erklärte das Institut. Vollständige Gleichberechtigung würde das weltweite Bruttoinlandsprodukt in den nächsten zehn Jahren um 26 Prozent wachsen lassen, was der gemeinsamen Wirtschaftskraft der USA und China entspreche.

Leiharbeit: Fristverlängerung für Unterstützungen



Der Sozial- und Weiterbildungsfonds für LeiharbeiterInnen hat die Antragsfristen verlängert: Ansprüche aus dem Jahr 2015 können noch bis 31. März 2016 beantragt werden, sofern die Ansprüche dem Grunde nach bestehen. Bei allen Unterstützungsansprüchen gemäß dieser Frist gebührt Gewerkschaftsmitgliedern selbstverständlich auch die Gewerkschaftliche Soforthilfe.

Mehr dazu unter www.leiharbeiter.at



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

STARKES SIGNAL AN DIE ARBEITGEBER

Keine politischen Spielereien mit Kollektivverträgen. Unternehmer müssen Gewinne wieder mehr investieren, statt nur zu entnehmen.

Die Herbstlohnrunde ist seit Anfang Oktober in vollem Gange. Für die beiden großen Bereiche Metallindustrie und Metallgewerbe haben unsere Verhandlungsteams bereits am 24. September umfangreiche Forderungen überreicht – von ordentlichen Lohnerhöhungen über Freizeitoption und weitere Arbeitszeitmaßnahmen bis zu besseren Karenzanrechnungen bei dienstabhängigen Ansprüchen. Das alljährliche Ziel der Arbeitgeber lässt sich mit einem Satz beschreiben: Wenig bis gar nichts sollen die Beschäftigten bekommen. Es sei nicht leistbar.

Beispiellos auch die Weigerung des Fachverbands Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI), die Kollektivvertragsverhandlungen aufzunehmen, solange er nicht zu seiner Zufriedenheit über die Pläne der Bundesregierung in Sachen Arbeitsmarktpaket informiert sei. In der Geschichte der Sozialpartnerschaft hat es niemals eine vergleichbare Vorgangsweise der Unternehmer gegeben. Das ständige Jammern der Unternehmen bei anstehenden KV-Runden ist nichts Neues. Sie vergessen allzu gerne, dass die Gewinnausschüttungen an die Eigentümer seit Jahren steigen. Die Investitionen allerdings gehen teilweise deutlich zurück. Wenn aber Gewinne nur noch in die eigene Tasche gesteckt und nicht investiert werden, können auch Konjunktur und Produktivität nicht rasanter steigen. Da beißt sich der Hund in den eigenen Schwanz.

Neu war allerdings der gezielte Angriff auf das Kollektivvertragssystem durch ihre Weigerung zu verhandeln. Als Antwort haben wir umgehend eine BetriebsrätInnen-Konferenz der gesamten Metallindustrie mit rund 2.000 TeilnehmerInnen in Wien abgehalten, denn Solidarität ist unsere stärkste Waffe. Zudem haben wir den Arbeitgebern ein unmissverständliches Ultimatum gestellt, das Wirkung gezeigt hat: Der FMMI kehrte an den Verhandlungstisch zurück, und zwar ohne Vorbedingungen. Wir haben gemeinsam ein deutliches Signal an die gesamte Wirtschaftskammer gesendet: keine Spielereien mit Kollektivverträgen und Verhandlungen auf Augenhöhe. Egal in welchen Branchen oder zu welchem Zeitpunkt wir für höhere Löhne kämpfen.

Glück auf!



Mit der PRO-GE doppelt profitieren!

Konferenz in Wien: 2.000 BetriebsrätInnen der Metallindustrie senden starkes Signal an Arbeitgeber.

Löhne rauf, Lohnsteuer runter!

2016 bleibt den ArbeitnehmerInnen deutlich mehr im Geldbörsel. Das ist auch wirtschaftlich von enormer Bedeutung. Der Konjunkturschub durch die von den Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen wird durch die beschlossene Lohnsteuersenkung noch verstärkt.

2016 sollte ein gutes Jahr für die ArbeitnehmerInnen werden. Die Konjunkturprognosen sind positiv. Von den erkämpften Lohnerhöhungen sollte auch wieder deutlich mehr netto im Börsel bleiben. Denn dank des unermüdlichen



Rainer Wimmer: ArbeitnehmerInnen werden in Geiselnhaft genommen.

Einsatzes von BetriebsrätInnen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern kommt ein fünf Milliarden Euro schweres Steuerreformpaket. Herzstück ist die Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Es bringt das größte Entlastungsvolumen für ArbeitnehmerInnen seit 40 Jahren.

Bis es aber so weit ist, gibt es noch einige Hürden zu nehmen. Denn die Kollektivvertragsverhandlungen sind auch heuer besonders schwierig. Vor allem in der Metallindustrie (180.000 Beschäftigte) flogen bereits zu Beginn die Fetzen. In den nächsten Wochen werden zudem die Lohnrunden für das Metallgewerbe (110.000 ArbeiterInnen) und LeiharbeiterInnen (rund 70.000) eröffnet.

Ebenso starten viele Bereiche des Agrar- und Nahrungsbereiches in die jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen. Es ist ein steter Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn.

Abbruch zum Auftakt. Mit der Übergabe der Forderungen an alle sechs Arbeitgeberverbände der Metallindustrie haben die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp am 24. September die KV-Runde eröffnet. Neben deutlichen Reallohnzuwächsen steht für die PRO-GE auch die Freizeitoption auf der Prioritätenliste. Auch nach Jahren des Stillstandes soll sich im Rahmenrecht wieder etwas bewegen. So fordern die Gewerkschaften unter anderem die vollständige Anrechnung von Karenzen für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche, die Anrechnung aller Lehr- und Arbeitsjahre für das Urlaubsausmaß oder die Verkürzung der Normalarbeitszeit bei vollkontinuierlicher Schichtarbeit.

Beim direkt nach der Forderungsübergabe angesetzten Wirtschaftsgespräch mit dem Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) teilten die Unternehmer mit, dass sie mit einigen vermeintlichen Plänen der Bundesregierung (gemeint waren z. B. Wertschöpfungsabgabe oder Verbesserungen beim Erreichen der sechsten Urlaubswoche) nicht einverstanden sind. Die Gewerkschaften sollten nach den Vorstellungen des FMMI dafür sorgen, dass die Regierung sich den Unternehmerwün-

schen entsprechend verhält. Bevor das nicht gewährleistet sei, gebe es keine Bereitschaft, die Kollektivvertragsverhandlungen aufzunehmen. „Die Beschäftigten sollen in Geiselnhaft genommen werden, das ist absurd“, verließ PRO-GE-Bundesvorsitzender Rainer Wimmer seinem Ärger nach dem Eklat Ausdruck. „Das ist ein massiver Angriff auf alle ArbeitnehmerInnen in der gesamten Metallindustrie.“

Konferenz in Wien. Rund 2.000 BetriebsrätInnen der gesamten Metallindustrie beschlossen daher bei einer Konferenz in Wien am 29. September einstimmig eine Resolution und forderten faire Lohnverhandlungen ohne Vorbedingungen: „Bei KV-Verhandlungen ist für solche Polit-Spielereien kein Platz!“ Die PRO-GE setzte den Unternehmern ein Ultimatum. Und dies zeigte Wirkung: Alle sechs Fachverbände bzw. Berufszweige der Metallindustrie sicherten zu, die Kollektivvertragsverhandlungen ohne Vorbedingungen weiterzuführen. Die geforderte Trennung von Kollektivvertragsverhandlungen und politischen Forderungen an die Bundesregierung war damit erfolgt. Ein erstes wichtiges Etappenziel, nämlich den FMMI zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu zwingen, wurde so erreicht.

Fotos und Infos. Mehr Fotos von der Konferenz sowie alle Infos zu den aktuellen Lohnrunden gibt es im Web unter www.proge.at.

Wir profitieren von der Entlastung

Die Steuerreform 2016

Die wichtigsten Änderungen bei der Lohnsteuerberechnung ab 2016.

Neue Steuersätze. Wie vom ÖGB gefordert, wurde der Eingangsteuersatz von 36,5 auf 25 Prozent gesenkt. Mit fünf statt bisher drei Steuerstufen wird der Progressionsverlauf gleichmäßiger. Eine sechste Progressionsstufe für Einkommen über 1.000.000 Euro im Jahr gilt befristet bis 2020.

11.000 bis 18.000	€ 25 %
18.000 bis 31.000	€ 35 %
31.000 bis 60.000	€ 42 %
60.000 bis 90.000	€ 48 %
90.000 bis 1.000.000	€ 50 %
über 1.000.000	€ 55 %

Erhöhung der Absetzbeträge. Statt Arbeitnehmer- (54 Euro) und Verkehrsabsetzbetrag (291 Euro) wird es künftig nur mehr den Verkehrsabsetzbetrag geben. Dieser wird dafür auf 400 Euro erhöht.

Mehr Negativsteuer. Bisher wurden zehn Prozent der Sozialversicherungsbeiträge im Zuge der sogenannten „Negativsteuer“ rückerstattet, bis zu einem Maximalbetrag von 110 Euro. Ab dem Veranlagungsjahr 2016 werden diese Werte auf 50 Prozent und 400 Euro angehoben. Neu: Auch PensionistInnen können die Negativsteuer in Anspruch nehmen, und zwar bis zu einem Höchstbetrag von 110 Euro. Die Negativsteuer wird außerdem bereits für 2015 erhöht, nämlich auf 20 Prozent und maximal 220 Euro bzw. 10 Prozent und 55 Euro für PensionistInnen. Bei Anspruch auf das Pendlerpauschale galt für die Negativsteuer ein Höchstbetrag von 400 Euro (anrechenbar waren 18 statt 10 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge). Ab 2016 gilt in diesem Fall weiterhin ein erhöhter Maximalbetrag von 500 Euro. Zusätzlich steht PendlerInnen mit Einkommen bis 12.200 Euro/Jahr künftig ein höherer Verkehrsabsetzbetrag von 690 Euro zu (verringert sich zwischen 12.200 und 13.000 Euro gleichmäßig auf die allgemeinen 400 Euro).

Erhöhung des Kinderfreibetrags. Der Kinderfreibetrag wird von 220 auf 440 Euro verdoppelt. Beanspruchen beide Elternteile den Kinderfreibetrag, erhöht sich der Betrag von 132 auf 300 Euro.



www.oegb.at/rechner

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Juni:

Glasbe- und -verarbeitende Industrie: KV-Löhne +1,9 Prozent, Ist-Löhne +1,8 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +1,9 Prozent; Schicht- und Nachtarbeitszulagen +1,9 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +1,8 Prozent, Aufwandsentschädigungen +1,38 Prozent; Arbeitsgruppe zum Thema Einführung eines Jubiläumsgeldes, Anrechnung von Karenzzeiten bis zu 22 Monate.

Ab 1. August:

Gewerbliche Mischfuttererzeugung: KV-Löhne +1,42 Prozent, Rundung auf die nächsten 50 Cent, neuer Mindestlohn 1.402,50 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,5 Prozent; Internatskostenvergütung von 30 Prozent auf 40 Prozent angehoben.

Mühlenindustrie: KV-Löhne +1,5 Prozent, Aufrundung auf die nächsten 25 Cent, neuer Mindestlohn beträgt 1.793,75 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent; Zehrgelder und Zulagen +1,5 Prozent; Einmalzahlung von 150 Euro; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Mühlengewerbe: KV-Löhne Lohnkategorien 1 bis 5 +1,5 Prozent, LK 6 +5,94 Prozent, neuer Mindestlohn 1.275,00 Euro, Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent; Dienstalterszulagen +1,5 Prozent, Schmutzzulage um +1,5 Prozent, Zehrgelder +1,5 Prozent, Verpflegung und Quartier +1,5 Prozent.

Ab 1. September:

Zuckerindustrie: KV-Löhne +1,43 Prozent, neuer Mindestlohn 1.579,05 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,43 Prozent; Dienstalterszulage +1,43 Prozent, Zulage III +1,43 Prozent.

Ab 1. Oktober:

Bäckergewerbe: KV-Löhne im Schnitt +1,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.306,03 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent, Zulagen und alle weiteren Euro-Beträge +1,5 Prozent

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at



Erste Weltfrauenkonferenz von IndustriALL Global Union

Frauenrechte weltweit stärken!

Für drei Tage im September wurde die Wiener ÖGB-Zentrale Catamaran zum weltweiten gewerkschaftspolitischen Zentrum. Die PRO-GE fungierte als stolze Gastgeberin für 300 Gewerkschafterinnen aus 60 Ländern, die dem Aufruf des internationalen Dachverbandes der Metall-, Chemie-, Energie- und Textilgewerkschaften IndustriALL Global Union zu seiner ersten Weltfrauenkonferenz gefolgt waren.



**LINKTIPP:**

IndustriALL Global Union
www.industriall-union.org

Für IndustriALL Global Union zählt der Einsatz für Frauenrechte seit dem Gründungskongress 2012 zu den vorrangigen Aufgaben. In diesen drei Jahren wurden Regionalstrukturen verstärkt, Frauenkonferenzen abgehalten, Schulungen für Frauen und Treffen von Gewerkschafterinnen organisiert. Höhepunkt dieser Bestrebungen war nun die erste Weltfrauenkonferenz von 14. bis 16. September in Wien. Unter dem Motto „Strengthening our rights, safety and participation in decision-making“ wurden jetzt in Wien die Positionen für den IndustriALL-Kongress 2016 erarbeitet und die Frauenpolitik der kommenden Jahre auf den Weg gebracht.

Lebhafte Konferenz, ernste Themen. Die Konferenz stand ganz im Zeichen der lebendigen Vielfalt der weltweiten Gewerkschaftsbewegung, mit Teilnehmerinnen aus so unter-

schiedlichen Ländern wie Australien, Kolumbien, dem Irak, Myanmar, der Ukraine und Südafrika, doch die Themen sind ernst: Weltweit verdienen Frauen im Schnitt 24 Prozent weniger als Männer, leisten dafür aber im Durchschnitt zweieinhalbmal so viel unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit. Frauen sind in unsicheren und schlecht bezahlten Bereichen überrepräsentiert, während die Spitzenpositionen nach wie vor männerdominiert sind.

73 Prozent der Weltbevölkerung haben nur eine geringe oder überhaupt keine soziale Absicherung, auch hier ist der Großteil weiblich. Und besonders erschreckend: Weltweit haben 35 Prozent der Frauen physische und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Einige Länderstudien weisen aus, dass 70 Prozent der Frauen schon einmal irgendeiner Art von physischer oder sexueller Gewalt ausgesetzt waren (siehe auch Seite 10). Eines der zentralen Themen der Konferenz war daher die Rolle der Gewerkschaften bei der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine neue Kampagne auf den Weg gebracht. Die Teilnehmerinnen der Konferenz vereinbarten, den Kampf gegen Gewalt an Frauen zu einem permanenten Schwerpunkt von IndustriALL zu machen.

Chancengleichheit in allen Bereichen.

Von Australien bis Simbabwe arbeiten Frauen in männerdominierten Branchen wie Bergbau oder Ölindustrie. Für die Pionierinnen in diesen Arbeitsumfeldern, die von und für Männer gestaltet wurden, ist Diskriminierung keine Seltenheit. Auch prekäre Arbeit betrifft Frauen stärker als Männer: 10- bis 12-Stunden-Arbeitstage für einen Lohn, der kaum zum Leben reicht, sind in vielen Teilen der Welt die Lebensrealität von Arbeiterinnen. Hinzu kommt die Angst vor dem Jobverlust bei Schwangerschaft.

Auf diese Problemfelder zielt die neue Gleichheitscharta ab, die ebenfalls auf der Konferenz beschlossen wurde. Gefordert wird, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine „Gesellschaft, in der Frauen und Männer ihr gesamtes Potenzial ausschöpfen können und echte Mitbestimmung verwirklicht wird“, näherzukommen. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen unter anderem der Schutz der Gesundheit, Frauen den Zugang zu männerdominierten Berufen zu ermöglichen, den Mutterschutz zu gewährleisten, für gleiche Löhne und gleichwertige Arbeit zu kämpfen und eine Null-Toleranz-Position gegenüber Gewalt an Frauen einzunehmen.



300 Gewerkschafterinnen aus 60 Ländern fordern mehr Mitbestimmung innerhalb des Weltdachverbandes.

Bei der Eröffnung dabei: Rainer Wimmer, Sabine Oberhauser, Heinz Fischer, Erich Foglar und Monika Kemperle (Bild links).



Mitbestimmung stärken. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die eine Erhöhung der Frauenquote in den IndustriALL-Führungspositionen von 30 auf 40 Prozent fordert. „Es kommt höchst selten vor, dass Frauen führende Positionen einnehmen. Leider trifft das nicht nur auf Unternehmen zu, sondern auch auf Gewerkschaften. Wenn wir Gleichbehandlung und Chancengleichheit für Frauen wollen, müssen wir als Gewerkschaft mit gutem Beispiel vorangehen. Ich bin sehr glücklich, dass wir heute einen entscheidenden Schritt in diese Richtung machen konnten“, sagte die stellvertretende IndustriALL-Generalsekretärin Monika Kemperle kurz nach der Abstimmung. Die Umsetzung der Forderung soll beim IndustriALL-Kongress 2016 erfolgen.



IndustriALL Global Union

Der weltweite Dachverband der Metall-, Chemie-, Energie-, Textilgewerkschaften umfasst rund 600 Mitgliedsorganisationen aus 140 Ländern. Insgesamt vertritt IndustriALL rund 50 Millionen ArbeitnehmerInnen.



Weltfrauenkonferenz

„Wir gehen nicht in die Mine, um vergewaltigt oder getötet zu werden“



300 Frauen aus fünf Kontinenten kamen von 14. bis 16. September in Wien zur ersten IndustriALL-Weltfrauenkonferenz zusammen. Der Umgang mit sexueller Belästigung und Gewalt an Frauen war eines der zentralen Themen.

„In manchen Entwicklungsländern werden Kondome verteilt, damit Frauen wenigstens nicht schwanger werden, wenn sie vergewaltigt werden.“ Mit einprägsamen Worten stellte die stellvertretende IndustriALL-Generalsekretärin Monika Kemperle zum Auftakt der Weltfrauenkonferenz dar, wie viel Leid und Ungerechtigkeit speziell weibliche Beschäftigte in vie-

len Ländern der Welt nach wie vor erdulden müssen. Unterstützt wurde sie dabei von Apoorva Kaiwar aus Indien und Phumeza Mgengo aus Südafrika, die über ihre Erfahrungen in der Textilindustrie und im Bergbau berichteten.

Lebensgefahr für 50 Euro im Monat. Die Textilproduktion, vor allem in Südostasien, ist dominiert von Frauen. In Bangladesch etwa sind 3,5 Millionen

TextilarbeiterInnen beschäftigt, davon sind 80 Prozent weiblich. „Und gerade im Textilbereich gibt es die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die niedrigsten Löhne“, sagt Monika Kemperle. Rund 50 Euro im Monat verdienen NäherInnen in Bangladesch – wenn sie täglich bis zu 16 Stunden arbeiten. Lebensbedrohliche Arbeitsplätze erhalten sie gratis dazu: Im April 2013 stürzte das neugeschoßige Fabrikgebäude Rana Plaza in Bangladesch ein. Mehr als tausend ArbeiterInnen starben, weil sie von den Fabrikbetreibern gezwungen worden waren, ihre Arbeit aufzunehmen, obwohl am Tag zuvor Risse im Gebäude festgestellt worden waren und die Polizei den Zutritt verboten hatte. Nur fünf Monate zuvor starben in der gleichen Region 117 ArbeiterInnen beim Brand in der Tazreen-Fabrik. Sie waren im Gebäude eingeschlossen, weil es keine Notausgänge gab. In beiden Fällen war die große Mehrheit der Opfer weiblich. „Dazu kommt, dass Gewalt an Frauen in Südostasien weit verbreitet ist, und zwar nicht nur häusliche Gewalt. Der Prozentsatz für Gewalt und sexuelle Belästigung im Textilsektor liegt bei 60 bis 75 Prozent“, ergänzt Apoorva Kaiwar.

Frauen als Sexobjekte. Gewalt an Frauen und sexuelle Belästigung sind auch in Südafrika weit verbreitet, wie Phumeza Mgengo, die Frauenvorsitzende der südafrikanischen Gewerkschaft der Minen- und BergarbeiterInnen, er-



Monika Kemperle, Stellvertretende Generalsekretärin von IndustriALL Global Union



Phumeza Mgengo, Frauenvorsitzende der südafrikanischen Gewerkschaft der Minen- und BergarbeiterInnen



Apoorva Kaiwar, Regionalsekretärin von IndustriALL Global Union für Südasien

Gewalt gegen Minenarbeiterinnen in Südafrika

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten in südafrikanischen Minen hat sich von sechs Prozent 2008 auf 16 Prozent am Ende des Vorjahres erhöht. Frauen in südafrikanischen Minen sind häufig Opfer von sexueller Belästigung und sexuellem Missbrauch durch ihre männlichen Kollegen. Die allermeisten sexuellen und gewaltsamen Übergriffe gegen Frauen in südafrikanischen Minen bleiben unentdeckt, in der Regel, weil Frauen Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

zählt: „In den meisten Fällen betrachten uns die Männer in den Minen nicht als Kolleginnen, sondern als Sexobjekte.“ Obwohl sich viele Frauen, die sexuell belästigt oder vergewaltigt werden, nicht melden, weil sie sich schämen oder die Konsequenzen fürchten, dringen manche Fälle in die Öffentlichkeit: So kam es nur vier Monate nach der Verurteilung jenes Arbeiters, der im Jahr 2012 in der Khomanani-Mine in Rustenburg seine Kollegin Pinky Mosiame brutal vergewaltigt und ermordet hatte, im März in der Thembelani-Mine, ebenfalls in Rustenburg, erneut zu einer Vergewaltigung einer Minenarbeiterin. Der Täter hatte sich Zugang zur Frauenumkleide verschafft und gedroht, das Opfer mit einem Schraubenzieher zu erstechen, falls es sich wehren sollte.

Dass diese Fälle die Gewerkschafterin belasten, sieht man ihr an. Aufgeben will sie aber nicht: „Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Männer uns als Kolleginnen akzeptieren und dass sie akzeptieren, dass wir in die Mine gehen, um zu arbeiten, und nicht, um belästigt, vergewaltigt oder getötet zu werden.“

Die Rolle der Gewerkschaften. Was können Gewerkschaften tun, um die Arbeitsbedingungen für Frauen zu verbessern? „Wir müssen die Regierungen dazu bringen, strikte Maßnahmen zum Schutz der Frauen zu ergreifen“, sagt Phumeza Mgengo. „Wirkliche Verbesserungen müssen her und nicht etwa einmalige Sicherheitskontrollen oder Einzelvereinbarungen. Langfristig wird die Situation nur verbessert, wenn

Gesetze erlassen werden und wenn der, der sie nicht befolgt, mit Sanktionen zu rechnen hat“, ergänzt Monika Kemperle. Zudem können Gewerkschaften im Bündnis mit NGOs wie etwa der „Clean Clothes“-Kampagne für saubere Kleidung Druck auf die internationalen Unternehmen ausüben, damit diese die Arbeitsbedingungen verbessern. Dass Verbesserungen erreicht werden können, belegt das Beispiel des Abkommens über Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesch: Das Abkommen, das auf die Initiative der IndustriALL Global Union zurückgeht und zu Investitionen in sichere Fabriken verpflichtet, wurde mittlerweile von mehr als 200 Unternehmen aus über 20 Ländern unterzeichnet.

Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie

Rund 70 Millionen Menschen sind weltweit in der Textilindustrie beschäftigt, 50 Millionen mehr als noch vor 15 Jahren. Etwa drei Viertel davon sind weiblich. Wurde vor 40 Jahren die meiste Kleidung noch in Europa und Nordamerika produziert, kommen die Hauptproduzenten heute aus Asien: 60 Prozent der weltweit produzierten Kleidung stammen aus China, Indien, Bangladesch, Kambodscha, Sri Lanka, Malaysia oder Indonesien (60 Prozent des Konsums finden in Nordamerika und Europa statt).

TextilarbeiterInnen in Bangladesch verdienen im Schnitt 54 Euro im Monat, in Kambodscha 102 Euro, in Thailand 184 Euro – bei bis zu 16 Stunden täglicher Arbeitszeit. Neben niedrigen Löhnen haben TextilarbeiterInnen auch mit Zwangs- und Kinderarbeit (vor allem bei der Baumwollernte), sexueller Belästigung und Diskriminierung von Frauen sowie fehlender Sicherheit am Arbeitsplatz zu kämpfen.



Flüchtlinge

Solidaritätsaktion

Zwei junge Gewerkschafter leben Solidarität und haben mehrmals Spenden nach Traiskirchen gebracht.

Dass Solidarität mehr als nur ein Wort ist, haben zwei junge Gewerkschafter gezeigt. Dreimal sind PRO-GE Landesjugendsekretär Thomas Holy und ÖGB-Jugendsekretär Sumit Kumar bereits mit vollgeräumtem Kleintransporter nach Traiskirchen gefahren, um Spenden abzugeben: Zahnbürsten, Windeln, Rucksäcke, Schlafmatten, Kleidung und vieles mehr.

Warum? „Wir konnten die negativen Berichte nicht mehr sehen, die Kommentare nicht mehr hören. Wir mussten etwas machen“, sagen die beiden, deren Eltern selbst als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind. Problematisch sei nicht die Zuwanderung, sondern Fremdenhass und rassistische Hetze, betonen die beiden. In Österreich habe es immer schon Migration gegeben, manchmal viel mehr als heute – und „man hat es immer überstanden“.

Rätselpreis

Spielefest von 13. bis 15. November

Ein Wochenende lang können die BesucherInnen auch heuer wieder Tausende neue Spiele kennenlernen. Ein Spiel gibt's als Rätselpreis auf Seite 23 zu gewinnen.

Drei Tage lang, jeweils von 9 bis 19 Uhr, können auch heuer wieder Tausende Brett- und Kartenspiele beim Spielefest im Austria Center Vienna ausprobiert werden. Man braucht nur einen Lichtbildausweis, schon kann man die Spiele ausborgen und sie auf einem der vielen Tische spielen. Spieleflüsterer helfen bei den Regeln und die Spielverlage bieten an ihren Ständen spezielle Beratung zu ihren Spielen.

Ein Schwerpunkt ist dieses Jahr „20 Jahre Die Siedler von Catan“. Sogar Klaus Teuber, der Autor des Erfolgstitels, sowie viele andere österreichische SpieleautorInnen werden anwesend sein.

Alle Infos unter www.spielefest.at



Woher kommen unsere Schuhe?

Clean-Clothes-Kampagne tritt für faire Schuhindustrie ein und fordert mehr Transparenz für KonsumentInnen.

Mit der Aufforderung „Schauen Sie runter. Wissen Sie, wie Ihre Schuhe produziert werden?“ startete die österreichische Clean-Clothes-Kampagne eine Initiative für mehr Informationen zu Produktionsbedingungen von in Österreich verkauften Schuhe. Denn die KonsumentInnen haben das Recht, zu wissen, ob Ausbeutung und Gift an ihren Schuhen kleben.

Mehr Infos unter www.cleanclothes.at

Top-Angebote und Ermäßigungen speziell für Mitglieder



Mit der PRO-GE Card erhalten Mitglieder zahlreiche Vergünstigungen und Angebote rund um Auto, Bildung, Gesundheit, Kultur, Urlaub und vieles mehr in ganz Österreich.

Zum Beispiel:

- IQ Card Tankkarte – Preisvorteile beim Tanken und Shoppen im gesamten IQ Card-Tankstellennetz
- 10 Prozent Ermäßigung im Theater Akzent in Wien
- Seehotel Rust (Burgenland) – Ermäßigungen für Zimmer mit Frühstück, Sonntags-Brunch oder 4-gängiges Abendmenü

Genaue Infos und mehr Angebote auf www.proge.at/card

Equal Pay Day

Wir fordern: „Gleiche Leistung – gleiches Geld!“

Der Equal Pay Day, der Tag der Einkommensgleichheit zwischen Männern und Frauen, fällt heuer auf den 11. Oktober. Frauen arbeiten – statistisch gesehen – ab diesem Tag gratis bis Jahresende. Die PRO-GE Frauen sind sich einig: Es muss noch viel getan werden!

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge-frauen.at

Gehaltsrechner des Bundesministeriums für Bildung und Frauen
<https://www.gehaltsrechner.gv.at/>

Equal Pay Day markiert symbolisch die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in Arbeitstagen. Heuer findet der Aktionstag am 11. Oktober statt. 2014 fiel der Equal Pay Day auf den 10. Oktober.

Frauen oft von Berufseinstieg an benachteiligt. „Korrekte Einstufung, ein gerechter Zugang zu Aus- und Weiterbildung und gleiche Aufstiegschancen sind wesentliche Faktoren auf dem Weg zu Einkommensgerechtigkeit“, erläutert Friebe. „Schon beim Berufseinstieg werden Frauen häufig geringer entlohnt, im Lauf des Arbeitslebens nehmen die Nachteile zu.“ Daher fordert die PRO-GE die gesetzliche Anrechnung der Elternkarenzen,

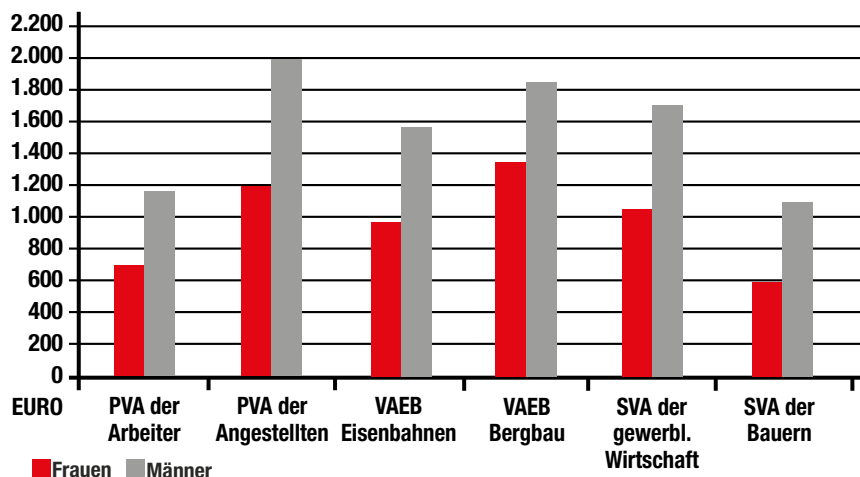


Kludia Friebe,
gf. Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE,
will Frauen klarmachen, dass Teilzeitarbeit
oft Altersarmut bedeutet.

„Solange der Equal Pay Day nicht auf den 31. Dezember fällt, werden wir nicht müde, Einkommens- und Chancengleichheit von Männern und Frauen einzufordern“, zeigt sich Kludia Friebe, gf. Bundesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft PRO-GE, kämpferisch. Der

gleich dem Präsenz- und Zivildienst auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche, die Weiterentwicklung der Einkommenstransparenz und Rechtsanspruch auf den Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit.

Armutsfalle Pension: Frauen in Pension erhielten im Dezember 2013 im Durchschnitt 918 Euro, Männer 1.522 Euro pro Monat.



Höhe der monatlichen Alterspensionen in der gesamten Pensionsversicherung (Stand Dez. 2013)
Grafik aus Gender Index 2014, BMBF

Fast jede zweite Frau in Teilzeit. „Mittlerweile ist fast jede zweite Frau teilzeitbeschäftigt. Zum Teil weil es für sie keine Vollzeitstelle gibt, zum Teil weil sich Familie und Beruf anders nicht vereinbaren lassen. Hier müssen wir dringend gegensteuern, denn spätestens in der Pension werden so viele Frauen in die Armut getrieben.“ Die Kampagne „Pension – wie schaut’s für mich aus?“, welche die PRO-GE Frauen mit dem Equal Pay Day starten, soll das thematisieren und aufzeigen, was getan werden muss. „Der flächendeckende Ausbau von ganztägigen und leistbaren Kinderbildungseinrichtungen und Ganztagschulen muss rasch vorangetrieben werden und gleichzeitig müssen jene Unternehmen umdenken, die immer mehr Vollzeit- durch Teilzeitarbeitsplätze ersetzen“, fordert Friebe.



Alternativen-Konferenz

TTIP: Stoppen, nicht reformieren!

Nicht eine Reform, sondern eine andere Handels- und Investitionspolitik ist notwendig, um aktuellen Herausforderungen wie steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Konzernmacht gewachsen zu sein. Darüber waren sich die TeilnehmerInnen der TTIP-Alternativen-Konferenz einig.

LINKTIPP:

Aktuelle Informationen rund um die Kampagne „TTIP stoppen“ gibt es auf www.proge.at/ttip

Welche Handels- und Investitionspolitik heutzutage tatsächlich notwendig ist, war die zentrale Frage der TTIP-Alternativen-Konferenz „Anders Handeln“, die am 22. September

im ÖGB Catamaran in Wien stattfand. Mehr als 250 Menschen, darunter viele VertreterInnen von Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen, diskutierten über Alternativen zur derzeitigen Politik der EU- und US-Eliten. Nachdem sie zuerst in verschiedenen Arbeitsgruppen die negativen Folgen von TTIP und Co analysiert hatten, einigten sich die KonferenzteilnehmerInnen am Ende auf die grundsätzliche Ablehnung des Abkommens.

„Könnte euer NAFTA werden“. Die Beweggründe für die Ablehnung waren breit gefächert. Michael Dolan, Vertreter der US-Gewerkschaft „Teamsters“, betonte etwa, dass mit TTIP „die Werte von ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, LandwirtInnen und der Zivilgesellschaft den Interessen multinationaler Konzerne untergeordnet“ würden. TTIP erinnere ihn an das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, vor dessen Inkrafttreten die gleichen Versprechungen gemacht wurden, wie etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Export. „200.000 sollten es pro Jahr sein. In Wahrheit stiegen die Importe, aber Produktion und Arbeitsplätze, zum Beispiel in der Fahrzeugindustrie, wurden nach Mexiko verlagert.“ Eine ähnliche Entwicklung könnten auch die europäischen Staaten erleben, sagte Dolan abschließend: „TTIP könnte euer NAFTA werden.“

Schutz öffentlicher Dienstleistungen.

Eine andere Gewerkschafterin legte den Fokus hingegen auf die Absicherung öffentlicher Dienstleistungen. „Die Gewerkschaften müssen die politisch Verantwortlichen in die Pflicht nehmen: Anstatt öffentliche Dienstleistungen durch TTIP zu liberalisieren, müssen sie weitaus mehr öffentliche Mittel für Gesundheit, Bildung oder Verkehr zur Verfügung stellen“, forderte die stellvertretende Generalsekretärin der europäischen Dienstleistungsgewerkschaft EPSU, Penny Clarke. Nur so könne man zu einer nachhaltigen Entwicklung und einer gerechten Gesellschaft beitragen.

TTIP und Klimaschutz nicht kompatibel. Amélie Canonne, die als Vertreterin der Internationalen Vereinigung der TechnikerInnen, ExpertInnen und ForscherInnen AITEC an der Konferenz teilnahm, hob hervor, dass eine Ausweitung des Welthandels und damit Abkommen wie TTIP die völlig falsche Antwort auf die aktuelle Klimakrise seien. „Die EU-Kommission gibt selbst zu, dass TTIP in jedem Fall zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen führen wird. Dies gilt auch für neue Metho-

den zur Gewinnung fossiler Rohstoffe wie Fracking“, sagte sie. TTIP und Klimaschutz seien nicht kompatibel. Das Abkommen stehe in völligem Gegensatz zu den europäischen Lippenbekenntnissen, die CO₂-Emissionen zu senken.

Das Gegenteil von TTIP. Dass das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen sich letztlich auch negativ auf die Demokratie selbst auswirken würde, betonte der Direktor der britischen NGO „War on Want“, John Hilary: „Die wichtigste Sache, die wir mit TTIP verlieren, ist die demokratische Kontrolle über unser Leben.“ TTIP stehe in krassem Gegensatz zur Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft. Diese sei aber unausweichlich, wenn wir die aktuellen Herausforderungen meistern wollen: „Wir brauchen eine grundlegende Änderung unseres Wirtschaftens. Wir müssen Güter und Dienstleistungen produzieren, die soziale Bedürfnisse befriedigen, und Strukturen stärken, die auf kooperativer Nutzung und gemeinschaftlichen Eigentumsformen basieren.“ Was wir also brauchen, ist nicht TTIP, sondern das Gegenteil davon.



Mit TTIP würde alles „den Interessen multinationaler Konzerne untergeordnet“, so Michael Dolan, Vertreter der US-Gewerkschaft „Teamsters“.



„Wir brauchen eine grundlegende Änderung unseres Wirtschaftens“, ist John Hilary der britischen NGO „War on Want“ überzeugt.



TTIP sei der falsche Weg für die EU, waren sich die TeilnehmerInnen einig. Auch die völlige Intransparenz der Verhandlungen wurde scharf kritisiert.



Reportage

Tiefgekühltes aus der Steiermark



Seit inzwischen mehr als 50 Jahren werden bei Landena in Stainach in der Weststeiermark Lebensmittel erzeugt. Was einst als kleiner Exportschlachthof begann, hat sich über die Jahrzehnte zu einem industriellen und international agierenden Produktionsstandort entwickelt. Heute erzeugen rund 420 MitarbeiterInnen im Schichtbetrieb Aufstriche, Suppeneinlagen, Knödel, Suppen, Fertiggerichte und Saucen.

Die Konserven, Tiefkühlprodukte und Wurstsnacks werden in viele Länder der EU, in die Schweiz und sogar nach Australien und Hongkong exportiert. Dennoch gehen rund 50 Prozent der Produktion an den heimischen Markt. Jede Woche verlassen rund 20 Lkws das Fabrikgelände, beladen mit 50 Tonnen Schnitzeln, 80 Tonnen frittierter Tiefkühlware und anderen Produkten.

Arbeiterbetriebsrat Franz Griesser weist auf die besonderen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften des Unternehmens hin, die es bei der Lebensmittelproduktion zu beachten gilt. Bei den verschiedenen Produktionsprozessen, von der „Küche“ bis hin zur Verpackung, herrscht konzentriertes Arbeiten. Einige der Arbeitsschritte erfolgen automatisch, andere verlangen jedoch viel Handarbeit. Erfreut zeigt sich der Betriebsrat auch über die Lehrlingsausbildung. Zwei Lebensmitteltechniker werden bei Landena ausgebildet.







Jugend: Kampagnenstart

Her mit Freifahrt für Lehrlinge

Die Hälfte aller Lehrlinge muss ihre Fahrtkosten selbst bezahlen. Damit das ein Ende hat, startete die PRO-GE Jugend die Kampagne „We are looking for a Freifahrt“.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge-jugend.at

Das Berufsschulinternat ist Hunderte Kilometer von zu Hause entfernt und der Lehrling muss für die An- und Abreise selbst aufkommen? „Kann passieren“, sagt PRO-GE Bundesjugendvorsitzender Sascha Ernszt. „Weil sich heutzutage die Berufsschulen auf bestimmte Berufe spezialisieren, kommt es immer häufiger vor, dass du mehrere Bundesländer durchqueren musst, um zu deiner Schule zu kommen. Wenn zum Beispiel ein junger Mann aus Landeck in Tirol Papiertechniker werden will, muss er dafür pro Lehrjahr nicht nur zehn Wochen Internat und

eine Anfahrt von über 300 Kilometern in Kauf nehmen, sondern auch noch für die An- und Abreise selbst aufkommen.“

„We are looking for a Freifahrt“. Damit Lehrlinge nicht mehr auf ihren Fahrtkosten sitzen bleiben, startete die PRO-GE Jugend im September die Kampagne „We are looking for a Freifahrt“. Um möglichst viele Lehrlinge zu erreichen, informieren die jungen GewerkschafterInnen vor Berufsschulen und in Betrieben über diesen untragbaren Zustand. „Mithilfe eines Fragebogens erheben wir, wie oft Lehrlinge zwischen Wohnort und Berufsschulinternat hin- und herfahren und was ihnen das Ganze kostet“, erklärt Bundesjugendsekretär Thomas Klösch. „Mit unserem Fahrtkostenrechner sehen die Lehrlinge sofort, wie viel sie pro Jahr für die Fahrt zur Berufsschule und zurück ausgeben. Dann ist es nicht mehr schwer, sie von unserer Forderung nach voller Erstattung der Fahrtkosten zu überzeugen.“ Dass es für alle, die den Fragebogen ausfüllen, auch noch tolle Preise zu gewinnen gibt, muss oft gar nicht mehr erwähnt werden.



Berechne deine Fahrtkosten: Kannst du dir das wirklich leisten?

Wohnort $\xrightarrow{\text{km}}$ Internat/
Berufsschule $\xrightarrow{\text{km}}$ Wohnort = km

km \times \times 0,42 € = €

Wie oft fährst du während eines
Berufsschuljahrgangs nach Hause?

Kosten pro km
mit dem Auto.

Oder bist du mit den Öffis unterwegs:

€ \times = €

Kosten Öffi-Ticket
hin und retour

Wie oft fährst du während eines
Berufsschuljahrgangs nach Hause?



Foto: Schröder/Südwind

Make Chocolate Fair!

Kaokaoanbau: Kinderarbeit nimmt zu!



Seit Jahren versprechen Schokoladeindustrie und Regierungen, sich gegen Kinderarbeit einzusetzen. Eine neue Studie der Tulane University zeigt allerdings auf: Anstatt zu sinken, ist die Zahl der arbeitenden Kinder in Westafrika weiter gestiegen.

LINKTIPP:

Projekte und Kampagnen:
www.proge.at/projekte

Bis 2020 wollten die namhaften Schokoladenkonzerne keine Kakaobohnen mehr aus Betrieben mit Kinderarbeit beziehen. Tatsächlich ist die Kinderarbeit in Westafrika, wo 70 Prozent des weltweit gehandelten Kakao geerntet werden, aber nicht zurückgegangen. Im Gegenteil: In den letzten fünf Jahren ist die Anzahl von Kindern, die vor allem in den Hauptproduktionsländern Elfenbeinküste und Ghana unter missbräuchlichen Bedingungen arbeiten, um 360.000 bzw. über 19 Prozent auf 2,12 Millionen

gestiegen, wie eine Studie der Tulane University in den USA belegt.

Große Versprechen, wenig Wirkung.

Jedes dritte westafrikanische Kind zwischen fünf und 17 Jahren arbeitet demnach im Kakaoanbau. 90 Prozent der befragten Kinder gaben an, regelmäßig gesundheitsgefährdende Tätigkeiten zu verrichten, wie das Schleppen von schweren Kakaosäcken, der Umgang mit Chemikalien oder lange Arbeitszeiten.

Armut als Hauptgrund. Kakaobäuerinnen und -bauern in der Elfenbeinküste müssen mit einem Tagesverdienst von 0,50 Dollar auskommen, in Ghana mit 0,84 Dollar. Als Resultat werden Kinder eingesetzt, um die Lohnkosten niedrig zu halten. „Alle bisherigen Projekte der Schokoladenindustrie zielten auf eine Erhöhung der Ernte ab, für die Kakaobäuerinnen und -bauern bedeutet das

nicht zwangsläufig ein höheres Einkommen“, erläutert Gerhard Riess, PRO-GE Vertreter in der „Make Chocolate Fair!“-Kampagne. In erster Linie profitiere der Zwischenhandel. „Hier gilt es, durch eine Zertifizierung des Kakaohandels, wie z. B. FAIRTRADE, Strukturen in den Produktionsländern zu schaffen, die das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern heben“, betont Riess.

Petition unterzeichnen! Die Studie unterstreicht die Dringlichkeit der „Make Chocolate Fair!“-Petition, die Schokoladenkonzerne und die politischen EntscheidungsträgerInnen in der EU an ihre Versprechungen erinnern und zu verbindlichen Maßnahmen bewegen soll. „Den Kindern muss ihre Freiheit zurückgegeben werden und sie müssen vor Ausbeutung geschützt werden!“, so Bernhard Zeilinger von Südwind und Leiter der österreichischen „Make Chocolate Fair!“-Kampagne.

Unterstütze den Kampf für faire Schokolade! „Make Chocolate Fair!“ ist eine europaweite Kampagne für faire Löhne und Lebensbedingungen der Kakaobäuerinnen und -bauern, die in Österreich von Südwind, PRO-GE, Weltumspannend Arbeiten und Jugend Eine Welt getragen wird. Europaweit haben bereits 112.000 UnterstützerInnen eine Petition an den Dachverband der europäischen SchokoladeproduzentInnen CAOBISCO unterschrieben. Die Petition kann unter at.makechocolatefair.org unterzeichnet werden.

Achtung Kamera



Betriebsräteehnung in Oberösterreich

Gerhard Reiter (ehem. BRV Betriebsfeuerwehr Chemiepark Linz; BRV-Stv. Borealis) und Josef Huemer (ehem. BRV Teufelberger GmbH) erhalten das Silberne Verdienstzeichen und die Verdienstmedaille der Landesregierung. Hans Karl Schaller (Landesvorsitzender), Werner Schmid (Sekretär) und Christian Kempinger (BRV Borealis) gratulierten.



JubilariInnenehrung Weiz

Reinhold Laubreuter (Ortsgruppenvorsitzender), Josef Pessler (AK-Präsident), Rainer Wimmer (PRO-GE Bundesvorsitzender), Walter Neuhold (ÖGB Regionalsekretär) und Hubert Holzapfel (PRO-GE Landessekretär) gratulierten den rund 100 JubilariInnen in Weiz in der Steiermark.



Buntmetall-Lehrlinge auf Siegerstraße

Beim diesjährigen Lehrlingslandeswettbewerb schnitten die Lehrlinge von Buntmetall Amstetten (OÖ) großartig ab. Im Bild v.l.: Gerhard Steinkellner (Arb.-BRV), Edwin Baumgartner (JVR) und Christian Pichler (Bezirkssekretär; ganz re.) gratulierten Matthias Fröschl (Maschinenbautechniker) zum 1. Platz, Gabriel Kritzl (Werkzeugbautechniker) zum 4. und Thomas Kropfreiter (Maschinenbautechniker) zum 3. Platz.

JubilariInnenehrung in Neudau

Für ihre langjährige Treue von 50, 60 und 65 Jahren Mitgliedschaft wurden zahlreiche JubilariInnen in Neudau in der Steiermark geehrt. Es gratulierten Christian Six (Sekretär), Wolfgang Dolesch (Bgm.), Siegfried Herrmann (Bgm. a. D.), Elisabeth Weinhofer (Kammerrätin), Evelin Heschl (BRV Borckenstein), Hubert Holzapfel (Landessekretär) und Johannes Hirmann (Außenstellenleiter AK Hartberg).



Überzeugte Gewerkschafter

Diese zwei Kollegen von Adolf Gasperin (BRV Stahlbau Zeman in Scheifling) sind stolze Gewerkschaftsmitglieder und zeigen das auch auf ihrer Baustelle in Bochum.



Ehrung für langjährige Arbeit

Franz Schuh, stv. ZBRV bei Siemens AG Österreich, schied aus dem Bundesvorstand der PRO-GE aus. Rainer Wimmer und Manfred Anderle dankten dem langjährigen Bundesvorstandsmitglied.



Flüchtlinge

Wir schaffen das! Schaffen wir das?

Sie flüchten vor Krieg, Elend und Tod. Tausende Männer, Frauen und Kinder suchen Schutz in Europa und wollen sich hier ein neues Leben aufbauen. Aber verkraftet unser Arbeitsmarkt das? Wir haben Fakten und ExpertInnenmeinungen zusammengetragen.

Wie viele werden kommen? Seit Anfang des Jahres haben in Österreich 53.000 Menschen Asyl beantragt. ExpertInnen rechnen heuer insgesamt mit 80.000 Anträgen. Rund 40 Prozent der AntragstellerInnen bekommen in der Regel einen positiven Bescheid, das wären also 30.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Letztes Jahr zogen insgesamt 70.000 Menschen aus dem Ausland nach Österreich.

Ist diese Zahl verkraftbar? WirtschaftsforscherInnen halten den Zustrom auf den heimischen Arbeitsmarkt für verkraftbar. 30.000 zusätzliche Arbeitskräfte pro Jahr

wären kein Problem, wenn es eine Strategie gäbe, sagte Karl Aiginger, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts, erst kürzlich.

Ab wann dürfen AsylwerberInnen arbeiten? Menschen ohne positiven Asylbescheid, also AsylwerberInnen, steht der reguläre Arbeitsmarkt nicht offen. Sie dürfen maximal als SaisonarbeiterInnen in Tourismus oder Landwirtschaft arbeiten, und das nur mit einer Bewilligung und frühestens nach drei Monaten. Ob eine Arbeitserlaubnis ab dem ersten Tag der Einreise gegeben werden soll, wie es kürzlich EU-Kommissionspräsident Juncker vorschlug, ist umstritten. Sinnvoll finden aber die meisten ExpertInnen, Asylverfahren zu beschleunigen, um mit der Integration am Arbeitsmarkt möglichst früh zu starten.

Welche Ausbildung haben Asylsuchende? Da es schwierig ist, die Ausbildungsniveaus zu vergleichen, ist diese Frage schwer zu beantworten. Aus einer Spezialauswertung des AMS geht hervor, dass bei SyrerInnen das Ausbil-

dungsniveau teilweise sehr hoch ist. Um die beruflichen Qualifikationen besser abzuklären, hat das AMS vor kurzem „Kompetenzchecks“ eingeführt.

Was fordern Europäischer und Österreichischer Gewerkschaftsbund? EGB, ÖGB und damit auch die PRO-GE sprechen sich einheitlich für die Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt aus und stellen klar, Flüchtlinge in der Arbeitswelt auch zu vertreten und sich für gleichen Lohn und Schutz einzusetzen. Ein Aussetzen des Mindestlohns für AsylwerberInnen, wie zuletzt in Deutschland vorgeschlagen, wird entschieden abgelehnt.

**YouTube-Hit:
Video erklärt Flüchtlingskrise
in sechs Minuten**

Ein neues Video im Netz erklärt in sechs Minuten mit informativen Grafiken, was nun wirklich Sache ist. Der YouTube-Hit des Kanals „Kurzgesagt“ wurde bereits sieben Millionen Mal angeklickt.

www.youtube.com/kurzgesagt

Hotel Bad Hofgastein

Spezialangebot:

Thermentage

Bleib **4 Nächte**, zahl' 3!

Termin

von **26. Oktober** bis **3. November**

Tägliche Anreise möglich!

Buchbar ab 14. September 2015

Pauschalpreise

4 Nächte Halbpension

PRO-GE Erwachsene € 198,00

ÖGB Erwachsene € 246,00

Nichtmitglieder Erwachsene € 315,00

Preise exkl. Kurtaxe/Ortstaxe

Leistungen

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- Freie Benützung von Sauna & Dampfbad im Haus
- Freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at, www.proge-urlaub.at

Reservierung & Information: Telefon (01) 53 444-69707 DW



2015

<http://www.proge-urlaub.at>

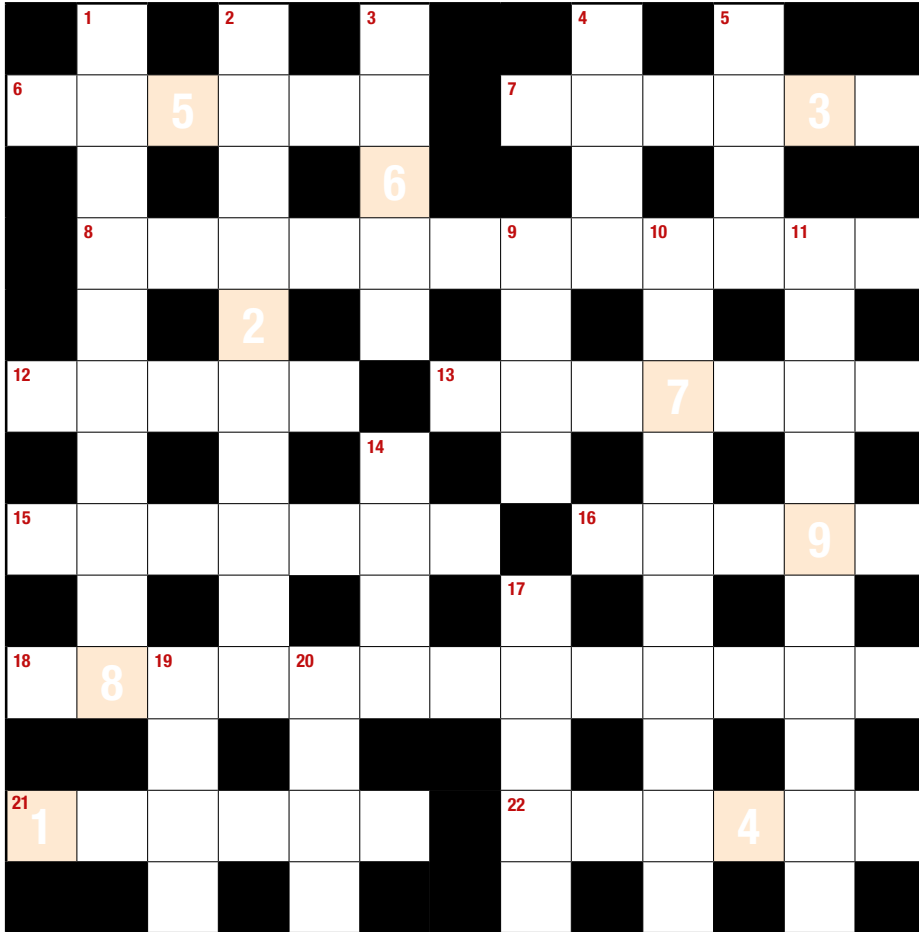
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:

Das Familienspiel CAMEL UP
(Spiel des Jahres 2014) für 2–8 SpielerInnen ab 8 Jahren

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein mobilitätsfreundliches Lösungswort.



Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!:** VERMÖGEN

Der Gewinner der Ausgabe 3/2015 GLÜCK AUF!
Bernhard Puschner, 2752 Wöllersdorf

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 20. November 2015 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 6 Das ist jetzt gleich – und so weiter und ...
... (1–2 Wörter)
- 7 Im Winter wärmen sie den Bauch, gibt's tiefgekühlt auf Seite 16 auch (Mz.)
- 8 Ausgelernt, aber noch nicht angejagt? Sie erkennt man lediglich am Familienstand! (Mz.)
- 12 Mit dem Vornamen kommt der Bulle wohl aus Aberdeen
- 13 Messerscharf geschlossen: Mit solchen langen Klängen/gelingt's, den Dschungel zu durchdringen (Ez.)
- 15 Gerüchten zufolge geht er an die Unität, zwecks stukkätieren
- 16 Ob Blitz oder potz: grober Keil gehört auf groben –
- 18 Fingerzeig für Finder: „Man retourniere jeden Fund. Recht/ist es so, behalten wäre –!“
- 21 Was flog zum Beginn der 2 senkrecht?
Schleißiges Textil! (siehe S. 5)
- 22 Fernöstliche Stadt, rund um Verbotene Stadt gebaut

Senkrecht:

- 1 Womit geht es laut Prognosen 2016 bergauf?
(siehe S. 4)
- 2 Darum kreist herbstlicher Verhandlungsreigen auf den Seiten 4 bis 5 (Mz.)
- 3 Bühne für Celebrities, buchstäblich am Ende des TAGES zusammenstellbar
- 4 Warnung an Dichter: „Nicht jede Dame in antiker Bluse,/mag sie auch küssen, ist drum eine –“
- 5 Den Schmuckstein findet, wer den Großvater in die Verlängerung schickt
- 9 Er-spießelich als Unterzündholz, macht beim Einziehen aber keine Freude
- 10 Jüngst gesehen beim Equal Pay Day: Was klappt zwischen Einkommen von Mann und Frau?
(siehe S. 13)
- 11 Ein Wort fürs Werden – z. B. der Welt beim Urknall
- 14 Die Antilopen springen herdenweise durch die Kreuzworträtsel (Mz.)
- 17 Worauf abfährt, wer die Seefahrt auf British betreibt (Mz.)
- 19 Ta-mit hat die Blasmusik den Auftakt schon fürs erste Stück
- 20 Wer den heraushat, kann zum Film gehen?



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

Mehr Geld für dich!

Die Gewerkschaft PRO-GE verhandelt jedes Jahr deinen Kollektiv- oder Lohnvertrag.

Das bedeutet:

- Jedes Jahr mehr Geld für dich
- Geregelte Arbeitsbedingungen
- Faire Arbeitszeiten
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Rechtsvertretung im Streitfall
- Aus- und Weiterbildung
- und vieles mehr

**Wer macht's möglich?
VIELE MITGLIEDER.**

Danke für deine Mitgliedschaft!

PRO-GE

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

